

II-3172 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
**XI. Gesetzgebungsperiode**

Präs. 21. Jan. 1970 No. 1552/1

**Anfrage**

der Abgeordneten Peter, Dr. van Tongel und  
Genossen

an den Herrn Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Verkauf von Aktien der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft  
Austria AG.

Die Continentale Bank AG, war bis Mitte des Jahres 1968 im Besitz von 93,76% der Aktien der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Austria AG, und zwar von Aktien im Nominale von 468.800,-- Schilling. Am 21.6.1968, wenige Tage vor dem Auslaufen seines Funktionszeitraumes, bot der vom Bundesminister für Finanzen in der Continentale Bank AG, eingesetzte Regierungscommisär diese Namens-aktien im Nominalbetrag von S 468.800,-- zu einem Preis von S 468.800,-- zum Verkauf an, dies bei gleichzeitigem Verzicht der Continentale Bank AG, auf eine Forderung an die Austria AG, in der Höhe von S 1.556.000,--.

In diesem Zusammenhang ist zunächst festzuhalten, daß das Aktivvermögen der Austria AG, in der Bilanz 1966 mit 448 Millionen Schilling ausgewiesen war. Der Jahresgewinn 1966 betrug 1,33 Millionen Schilling, wobei in diesem Jahr eins den Gewinn mindernde Rücklage von S 686.523,-- vorgenommen wurde. Mithin betrug der wirtschaftliche Gewinn des Jahres 1966 insgesamt über 2 Millionen Schilling. Hieraus ergibt sich auch ein entsprechend hoher Ertragswert, der beim Verkauf der im Besitz der Continentale Bank AG, befindlichen Aktien selbstverständlich zu berücksichtigen gewesen wäre.

Das gegenständliche Verkausangebot des Regierungskommissärs, welches unter Zugrundeliegung der oben angeführten Tatsachen entweder auf die Existenz im höchsten Grade aufklärungsbedürftiger Sonderinteressen hindeutet oder aber völlig unverständlich erscheinen muß, wurde am 24.6.1968 von einem Wirtschaftstreuhänder in Wien angenommen. Dieser schloß wohl im eigenen Namen, jedoch als Treuhänder für einen Dritten ab, erlegte bei der Continentale Bank AG, in barem den Betrag von S 468.800,-- und übernahm die zugehörigen Namensaktien.

-2-

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den  
Herrn Bundesminister für Finanzen die

**Anfrage:**

- 1) Welche Erwägungen haben den von Ihnen seinerzeit in der Continental Bank AG, eingesetzten Regierungskommissär veranlaßt, die Aktien der Austria AG, zu einem Preis von S 468.800,-- zu veräußern?
- 2) Hat der Regierungskommissär bei dem gegenständlichen Aktienverkauf tatsächlich jene Interessen vertreten, die er in seiner Eigenschaft als Regierungskommissär zu vertreten hatte?
- 3) Wenn nein: Welche anderen Interessen hat er vertreten, bzw. wem ist der ungeheure Vorteil dieses Aktienverkaufes tatsächlich zugute gekommen?
- 4) Trifft es etwa zu, daß diese Aktien der Austria AG, vom Österreichischen Arbeiter- und Angestelltentabund (ÖAAB), Landesgruppe Niederösterreich, erworben wurden?

Wien, 21.1.1970